



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

SONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24894 - 93
Fernschreiber 0696890

P/XIV/121 - 3. Juni 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Die Konferenz ist festgefahren Bericht aus Genf	79
3 - 4	Kopflöser Pentagon in Washington Von unserem Korrespondenten in den USA	83
5	VDA auf falschem Wege Gründungsmitglieder zogen Konsequenzen	42
6	Drängende Ungeduld - feste Haltung Jugendorganisationen stehen zur Partei	53

* * *
* * *

Die Konferenz ist festgefahren

G.M., Genf

Es läßt sich nicht verheimlichen: Die Konferenz wird immer nervöser. Die Propagandareden und die beharrliche Wiederholung längst bekannter Argumente lassen vermuten, daß Ost und West gleichermaßen versuchen, den "Gegner" Körbe zu machen. Dabei lüftet der eine und der andere gelegentlich einen kleinen Zipfel seiner im Hintergrund vielleicht doch noch vorhandenen Kompromißbereitschaft, um gleich darauf jedoch wieder Ton und Inhalt des Vorschlages auf jenes imaginäre Publikum abzustellen, von dem er Beifall erwartet.

Typisch dafür war die fast drei Stunden dauernde Sitzung der Außenminister am Dienstagnachmittag. Alle Eingeweihten wußten, daß in den Geheimverhandlungen bereits detaillierte Vorschläge für einen Berlin-Kompromiß diskutiert werden, und doch tat man allenthalben so, als seien die Reden der Außenminister der eigentliche Diskussionsgegenstand.

Hier muß allerdings eine Einschränkung gemacht werden. Gromyko hat versucht - das wird bei Konferenzbeobachtern aller Schattierungen anerkannt, - einige Vorschläge zu entwickeln, die insofern neu erscheinen mögen, als sie bisher noch nicht im offiziellen Konferenzablauf in Erscheinung getreten sind. Er erkennt die legale Anwesenheit von Besatzungstruppen in West-Berlin an, ist bereit, die politische Situation West-Berlins und den freien Zugang zu West-Berlin ohne Einschränkung zu respektieren und will unter Umständen die Besatzungstruppen der Siegermächte durch Kontingente neutraler Staaten austauschen. Die Betonung der legalen Anwesenheit von Besatzungstruppen in Berlin schließt jedoch die Anregung ein, in West-Berlin auch sowjetische Truppeneinheiten zu beteiligen.

Kun hat hier besonders bei westlichen Konferenzbeobachtern und Teilnehmern eine Diskussion darüber begonnen, ob diese Rede Gromykos das Ergebnis der "Härte" des Westens sei. Mit anderen Worten: ob der Westen endlich eine Bresche in die starre Politik des Ostens geschlagen habe. Vereinzelt frohlockt man bereits und gratuliert sich zu der "richtigen Taktik", die man von Anfang an gegenüber den Russen angewandt habe. Die Russen schweigen dazu, wenn man sie daraufhin anspricht.

Wer seine weitere Konferenztaktik auf derartige Überlegungen aufbaut, begeht wahrscheinlich einen großen Fehler. Bestimmte Anzeichen deuten daraufhin, daß die Russen sehr viel Zeit haben und unter Umständen auch bereit sein mögen, das Zustandekommen einer Gipfelkonferenz aufs Spiel zu setzen, wenn man gewisse kleine Konzessionen, wie sie Gromyko am Dienstag gemacht hat, nur in der Perspektive eines "westlichen Erfolges" sieht - und das auch noch sagt. Wie nämlich zu erfahren war, sind die Russen in den Geheimverhandlungen sehr hart

3. Juni 1959

und geben in kaum einem entscheidenden Punkt den westlichen Vorschlägen nach, die im Augenblick darauf abzielen, in Berlin alles beim bisherigen Zustand zu lassen.

Kluge Leute in den westlichen Delegationen wissen das und beteiligen sich daher kaum an den hier und dort bereits bemerkbaren Überlegungen, wie man das Abschlußkommunique dieser Außenminister-Konferenz so gestaltet, daß man es zu Hause als einen "großen Erfolg" darstellen kann.

Es gibt nicht wenige Konferenzbeobachter, die in dem bisherigen Verlauf der Außenminister-Konferenz auf ihre Weise tatsächlich einen "großen Erfolg" sehen. Das sind alle diejenigen, denen die Teilung Deutschlands, d.h. die Aufrechterhaltung des Status quo in Europa, die Fortsetzung des Rüstungswettlaufs und die politische sowie militärische Schützengraben-Ideologie als der Weisheit letzter Schluß gilt. Soweit diese Konferenzbeobachter westlichen oder neutralen Staaten angehören, fügen sie jedoch bei Betrachtungen dieser Art immer gleich hinzu, daß "die Deutschen" ja selbst daran Schuld seien, wenn die Lage heute so ist.

Sie meinen damit den Verzicht beider hier in Gänze vertretenen und agierenden deutschen Delegationen auf die Entwicklung eigener Ideen, die von den Erfordernissen einer zwar nicht isolierten, aber doch auf gesamtdeutsche Interessen abzielenden Politik ausgehen müßte.

Von der DDR-Delegation hat niemand so etwas erwartet. Man weiß, daß es ihr Hauptziel war, vor einem internationalen Gremium in Erscheinung treten zu dürfen. Von der westdeutschen Delegation hatten mindestens neutrale Beobachter die Vorstellung gehabt, sie werde sehr schnell jeder Möglichkeit nachspüren, eigene Ideen zu entwickeln. Irgendwie hatten diese neutralen Beobachter, besonders aus den skandinavischen Ländern, die Illusion, daß so etwas in Bonn jetzt möglich sei, nachdem Adenauer sich entschlossen hat, das Bundeskanzleramt mit dem des Bundespräsidenten zu vertauschen.

Die Rede Grewes vom Dienstagnachmittag - so geschickt sie juristisch in einem Teil gewirkt haben mag - hat diese Illusion zerstört.

Das allgemeine Urteil ist: Der Mann sammelt Dokumente zur Rechtfertigung der Politik Adenauers.

+ + +

Kopfloser Pentagon in Washington

Von unserem Korrespondenten in den USA

Das Schicksal scheint es mit der Spitze der amerikanischen Landesverteidigung zur Zeit nicht gut zu meinen. Tod, Krankheit und Rücktritte aus persönlichen und gesundheitlichen Gründen, in einigen Fällen auch aus politisch-sachlichen Gründen, haben die Reihen der obersten Verantwortlichen für die militärische Sicherheit der Vereinigten Staaten böse gelichtet. Angesichts der Schlüsselstellung der amerikanischen Landesverteidigungskräfte im Rahmen des amerikanischen Bündnissystems in Ost und West ist diese personelle Schwächung des Pentagon naturgemäß nicht ohne weitreichende Folgen, - böse und bedenkliche Folgen. Personelle Unstabilität hat schon öfters in die Pyramide des amerikanischen Militärs Elemente der Schwäche hineingetragen. Aber wenn über die normalen Rotationen an der zivilen wie an der militärischen Spitze hinaus sich das Schicksal gegen die Personen im Amt verschwört, wird die Sache ernst.

Neil McElroy, Verteidigungssekretär seit weniger als zwei Jahren, denkt daran, sich ins Privatleben zurückzuziehen; der ehemalige Direktor des großen Seifenkonzerns "Procter and Gamble" muß bei längerem Fernbleiben von seinem Direktorensessel befürchten, daß seine Pensionsansprüche in der Firma verloren gehen. Er hatte geplant, schon im Sommer dieses Jahres seinen Abschied zu nehmen und seinen bisherigen Mann Nummer Zwei, Donald Quarles, stellvertretender Verteidigungssekretär und vorher Abteilungssekretär für die Landarmee, für die Nachfolge vorzuschlagen. Quarles hatte zwar einige Schuld daran, daß das Raketenbau-Programm des Pentagon so schwerfällig und kleinlich anlief, aber er hatte, als professioneller Elektrotechniker, doch etliche Fachkenntnisse und schien leidlich für das hohe Amt qualifiziert zu sein; da machte vor wenigen Wochen ein unerwarteter Herzschlag seinem Leben ein Ende. McElroy hat daraufhin eingewilligt, seinen eigenen Rücktritt um ein paar Monate zu verschieben, damit man nicht beide Spitzenfunktionäre gleichzeitig neu einführen und anlernen muß. Immerhin sucht jetzt Präsident Eisenhower verzweifelt zwei gute und geeignete Männer, die der doppelten Kopflosigkeit des Pentagon vorzubeugen hätten - und die willens wären, für die noch verbleibende Amtszeit des Präsidenten, weniger als zwei Jahre, diese Schlüsselposition im Staatsdienst anzunehmen.

Die amerikanische Landesverteidigung ist an ihrer Spitze im Pentagon ein riesiger, komplizierter, unübersichtlicher und überbürokratischer Apparat, und die Hinzufügung der Probleme der neuen Waffen, vor allem der Raketenwaffen, Lenkgeschosse und atomaren Sprengkörper - und der Kombination zwischen diesen dreien - hat die Mammutproportionen der Pentagon-Verwaltung nicht gerade leicht-

ter und übersichtlicher gestaltet. Gewiß haben die obersten zivilen Leiter dieser Behörde fachmännische Berater in Gestalt des hohen Offizierskorps und höchstqualifizierter ziviler Techniker zu ihrer Verfügung, - aber man nimmt dennoch an, daß die normale Lehrzeit eines neu ernannten Außenseiters mindestens zwölf oder gar fünfzehn Monate dauert, bis der neue Mann wirklich den ganzen Mechanismus, die technischen, strategischen, politischen und finanziellen Details seines Riesenministeriums beherrscht. Die Perspektive, jetzt mehr oder weniger gleichzeitig zwei neue unerfahrene Spitzenfunktionäre zu bekommen, die faktisch vom ersten Tage an wichtige Entscheidungen fällen müßten, ist also einigermaßen grausig.

Es kommt aber noch schlimmer. Wenige Stunden nach dem Tode von Donald Quarles mußte General Nathan Twining, Vorsitzender des Rates der Vereinigten Stabschefs und damit Amerikas höchstrangiger Offizier, in aller Eile ins Krankenhaus gebracht werden, um sich einer Krebsoperation zu unterziehen. Die Operation verlief erfolgreich, und der General wird in einigen Wochen wieder an seinem Schreibtisch Platz nehmen dürfen. Aber verständlicherweise sucht auch er, baldigst dem Dienst Adieu zu sagen, und die Suche nach dem Nachfolger beginnt.

Kurz zuvor hatten zweimal führende Generäle der Landarmee den Dienst quittiert, weil sie mit den supermodernen Konzeptionen des Pentagon, die die Funktionen der Landarmee immer mehr in den Hintergrund drängen, nicht einverstanden waren und die Verantwortung für eine solche Strategie nicht mehr tragen wollten. Es hat also unter den goldbetreßten Kommandeuren im Pentagon letzthin ebenso viele - oder noch mehr - Personalwechsel gegeben wie im führenden Zivilpersonal.

McElroy denkt an seinen Rücktritt, Quarles ist tot, General Twining ist ein kranker Mann, und die unter ihnen rangierenden Generäle und Abteilungssekretäre der einzelnen Waffengattungen sind immer nur mit den Problemen und Sorgen ihrer einzelnen Dienstzweige und Waffensparten vertraut, nicht aber mit dem Gesamtbild der Landesverteidigung.

Der Pentagon hat zahllose tüchtige Fachkräfte, unzählige erstklassige Offiziere und Techniker, aber an der Spitze ist er zur Zeit buchstäblich kopflos, - und mit dieser Lage wird sich Amerika - und mit Amerika die Welt - mehr oder weniger für die nächsten Monate und gar Jahre abzufinden haben.

+ + +

VDA auf falschem Wege

sp - Im Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA) ist die seit langem schwelende innere Krise jetzt sichtbar geworden. 12 Gründungsmitglieder dieses Vereins, die sich im Jahre 1955 unter Zurückstellung aller Bedenken entschlossen hatten, dem aus der Zeit des Nationalsozialismus lädierten Ruf des Vereins einen Blankoscheck an demokratischen Leumund zu geben, um die Bande zu den Deutschen im Ausland wieder knüpfen zu helfen, haben jetzt ihre Konsequenzen gezogen. Darunter Männer, die so verschiedenen politischen Richtungen angehören wie der stellvertretende SPD-Vorsitzende Waldemar von Knoeringen, der ehemalige bayrische Ministerpräsident Hoegner, der CSU-Landwirtschaftsminister Alois Kundhammer, Reichskanzler a.D. Dr. Luther u.a. Und gerade diese Tatsache macht den Schritt so bedeutsam.

Sie haben sich zu diesem Vorgehen entschliessen müssen, weil sich in den vergangenen Jahren immer deutlicher herausgestellt hat, dass nicht nur der Name, sondern auch die Vorstellung der Leute, in deren Hände der Verein inzwischen geraten ist, an Gestern erinnern. Unter dem Vorwand, die kulturellen Beziehungen zu den Deutschen im Ausland nicht abreißen zu lassen und das deutsche Schulwesen im Ausland zu fördern, sind hier Kräfte am Werk, die Ziele verfolgen, die von der Volkstumspolitik seligen Andenkens nicht weit entfernt sind. Die Folge ist eher eine Gefährdung als eine Stützung des deutschen Ansehens im Ausland. Um diese Tatsachen geht es, nicht um die formalistische Gesichtspunkte, mit denen die Leitung des Vereins jetzt die Auswirkungen aufzufangen versucht.

Der Schritt der Gründer deckt eine politische Wunde auf. Es bleibt zu hoffen, dass dadurch auch andere Mitglieder des Vereins zu Entscheidungen veranlasst werden, die klare Fronten schaffen. Die Mittel, die zu investieren der Bund für die kulturelle Arbeit im Ausland immer wieder aufgefordert wird, sind zum Fenster hinausgeworfen, die Bemühungen, der kommunistischen Kulturoffensive der Zonenmachthaber entgegenzuwirken, gescheitert, wenn durch das Wirken des VDA das Bild vom neuen und demokratischen Deutschland getrübt und dadurch alte Ressentiments ausserhalb der Grenzen Deutschlands genährt werden. Eben weil es um die Förderung der Kulturarbeit im Ausland und die Hilfe für die Auslandsdeutschen geht, muss dafür gesorgt werden, dass diese Arbeit die junge deutsche Demokratie repräsentiert. Es ist vielleicht der erfreulichste Aspekt in diesem Dilemma, dass auch die verantwortlichen Stellen im Auswärtigen Amt das Wirken des VDA mit kritischen Augen sehen. Bleibt zu hoffen, dass die jetzigen Rücktritte eine Überprüfung des ganzen Komplexes zur Folge haben und damit grösserer Schaden für das deutsche Volk und sein Ansehen vermieden werden kann.

Drängende Ungeduld - feste Haltung

K.G. Der Karlsruher Kongreß der Jungsozialisten hat für wesentliche politische Fragen klare Verhältnisse geschaffen. Was vorher manchmal die Gemüter erregte und gelegentlich zu selbstgefälligen Eskapaden einiger Gemegroße führte, die dann von einer interessierten Presse als Ziehkinder hochgepöppelt wurden, erwies sich als unbedeutend.

Die Jungsozialisten repräsentierten sich als geschlossene Formation, und als ein Teil ihrer Partei. Die neuerdings hochgeputzte Debatte um die Stellung der Jugend zu ihrer Partei, geht deshalb an deren Kern vorbei. Alle Resolutionen von Karlsruhe bekräftigen die Verbundenheit der Jungsozialisten mit der SPD.

Die Erklärung des Bundesvorstandes der Jungsozialisten zum Frankfurter Kongreß der SPD, läßt deshalb an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Die Jungsozialisten waren bei der Vorbereitung und Durchführung dieses Kongresses nicht beteiligt und durch keine offizielle Delegation auf dem Kongreß vertreten. Sie kündigen an, daß sie die Zusammenarbeit mit dem SDS abbrechen würden, wenn dessen Führungsgremien die politischen Auffassungen des Frankfurter Kongresses billigen sollten.

Damit bekräftigen die Jungsozialisten noch einmal die Beschlüsse ihres Bundeskongresses, der es entschieden ablehnte, mit kommunistischen Organisationen zusammenzuarbeiten oder an deren Propagandaveranstaltungen teilzunehmen. In dem einstimmig angenommenen Grußwort an die Jugend in Mitteldeutschland - stellte der Kongreß fest:

"Die Jungsozialisten in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands grüßen die Jugend in Mitteldeutschland. Wir wissen, daß in einem nicht vom Volk legitimierten totalitären System die freie Entwicklung der Jugend unmöglich ist. Das Terrorurteil von Dresden ist ein erneuter Beweis für die Mißachtung der Menschenrechte. Eine gelenkte Jugendorganisation, die dieses Urteil sanktioniert, ist niemals eine echte Vertretung. Eure wahren Sprecher sind in Dresden abgeurteilt. Mit ihnen und Euch sind wir eins im Streben, die Wiedervereinigung unseres Volkes in Frieden und Freiheit zu erringen."

Damit haben sich die Jungsozialisten eindeutig entschieden und gezeigt, wie es um die politischen Kräfteverhältnisse in ihrer Organisation tatsächlich bestellt ist. Außenseiter gibt es überall. Jedoch steht deren Resonanz im umgekehrten Verhältnis zu ihrem wirklichen Einfluss. Und deshalb ist die Herausstreichung der Einzelgänger eine Irreführung der Öffentlichkeit.

Inzwischen hat sich auch der Bundesvorstand der Sozialistischen Jugend "Die Falken" von den Beschlüssen des Frankfurter Kongresses distanziiert. Auch die Falken seien weder an der Vorbereitung noch an dem Kongreß selbst beteiligt. Diese Erklärung ist zu begrüßen und macht deutlich, daß radikale und destruktive politische Kräfte keine Chancen haben, die großen sozialistischen Jugendverbände für sich einzuspannen.

Eines muß jedoch an dieser Stelle gesagt werden. Die Unruhe, die seit einiger Zeit kleine Teile der Jugend erfaßt hat und gelegentlich zur Verwirrung führte, hat nicht zuletzt ihre Ursache in dem Mangel an politischer Initiative, die von der Bundesregierung in Fragen der Wiedervereinigung entwickelt wird. Es ist nicht unbedingt ein schlechtes Zeichen, wenn junge Menschen ungeduldig werden, weil auf große Worte, nie Taten folgen.

+ + + + +
Verantwortlich: i.V. Albert Exler